

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### IV. QUARTAL 1996

*In Deutschland prägen die Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern über die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und die Bemühungen um weitere Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die Wirtschaftspolitik im IV. Quartal. Die europäischen Staats- und Regierungschefs einigen sich auf einen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“.*

**1. Oktober:** Zehntausende deutsche Metallarbeiter beteiligen sich an den von der Gewerkschaft organisierten Protestaktionen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Im Daimler-Benz-Konzern legen 60 000 von

### AUSLAND

200 000 Beschäftigten die Arbeit nieder, bei Opel die Hälfte der 15 000 Arbeitnehmer. Die deutsche Bundesregierung fordert die Unternehmer auf, bei der Umsetzung dieser Vorschriften behutsamer umzugehen.

Die Außenminister der EU-Länder beschließen Gegenmaßnahmen gegen das Helms-Burton-Gesetz der USA, mit welchem die Boykottmaßnahmen gegen Kuba, Libyen und den Iran auf Unternehmen aus Drittländern ausgedehnt werden. Sie wollen dagegen die Welthandelsorganisation anrufen und untersagen EU-Bürgern, Urteile von Gerichten der USA in diesem Zusammenhang anzuerkennen.

**5. Oktober:** Die EU beantragt die Gründung eines Ausschusses der Welthandelsorganisation (WTO) zur Prüfung der von den USA verhängten Kuba-Sanktionen. Der Antrag soll anlässlich der Sitzung zur Schlichtung von Streitigkeiten am 16. Oktober behandelt werden.

**8. Oktober:** Im Tarifstreit der deutschen Metallindustrie verzichten die Arbeitgeber vorerst auf die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Gewerkschaften beenden daher ihrerseits weitere Aktionen. Gespräche zwischen den Interessenvertretungen sollen folgen.

**14. Oktober:** Finnland tritt dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystem (EWS) bei.

**24. Oktober:** Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen zwischen der Metallarbeitergewerkschaft und den Arbeitgebervertretern demonstrieren mehrere hunderttausend Metallarbeiter für den Erhalt der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Abgeschlossen am 2. Jänner 1997.

Die Banca d'Italia senkt den Diskontsatz um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte auf  $7\frac{1}{2}\%$ .

**28. Oktober:** Die EU-Außenminister einigen sich über das Vorgehen gegen die USA im Falle von Sanktionen gegenüber europäischen Unternehmen, die Handel mit Kuba, dem Iran oder Libyen treiben. Sollte das Helms-Burton-Gesetz tatsächlich gegen europäische Exporteure angewandt werden, wären Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen

**1. November:** In der BRD dürfen Geschäfte nunmehr von Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr und samstags bis 16 Uhr offen halten. Bäcker können auch sonntags zwei Stunden ihre Produkte verkaufen. Die wöchentliche Öffnungszeit ist mit 80 Stunden begrenzt

In Österreich kündigen die Vertreter des Kleinhandels Aktionen gegen die Beibehaltung der Öffnungszeiten von 66 Stunden in der Woche an, welche im Entwurf für ein neues Ladenöffnungsgesetz vorgesehen sind

**4. November:** Eine Expertengruppe unter Vorsitz von Prof. Lars Calmfors empfiehlt nach Abwägung der politischen und ökonomischen Vor- und Nachteile einer Teilnahme Schwedens an der Europäischen Währungsunion der Regierung, eine Strategie des Abwartens einzuschlagen und nicht von Beginn an teilzunehmen.

**11. November:** Die deutsche Regierungskoalition einigt sich auf ein neues Sparpaket. Der Fehlbetrag von 21 Mrd S wird zu einem Drittel durch Leistungseinschränkungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik und zu zwei Dritteln in fast allen anderen Ministerien eingespart

**25. November:** Die italienische Lira kehrt zu einem Kurs von 990 Lire je DM in den Wechselkursmechanismus des EWS zurück.

**30. November:** Nach 12tägigem Streik der Fernlastfahrer, der die französische Wirtschaft teilweise lahmlegte, erreichen die Streikenden ihre Ziele, so vor allem die Herabsetzung des Pensionsalters auf 55 Jahre sowie eine Einmalzahlung von 3 000 FF. In den nächsten zwei Wochen will man sich über eine Neuberechnung der Arbeitszeit einigen.

**2. Dezember:** Anlässlich eines Treffens der EU-Finanzminister in Brüssel kommt keine Einigung über den „Stabilitätspakt“ zustande. Die BRD verlangt eine explizite Definition des Begriffs „Rezession“ mit einer Vorjahresveränderung von  $-2\%$  des BIP. Diesem Vorschlag können sich die anderen Länder nicht anschließen.

In der deutschen Süßwarenindustrie legen fast 7.000 Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu protestieren

**5. Dezember:** In Niedersachsen einigen sich die Arbeitgeber und die Industriegewerkschaft Metall auf die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für 90 000 Beschäftigte. Überstundenentgelt und Zuschläge werden

für die Berechnung allerdings nicht berücksichtigt. Die Löhne steigen mit 1. April 1997 um  $1,5\%$ , ein Jahr später um  $2,5\%$

**12. Dezember:** Das EU-Parlament verabschiedet das Budget 1997, welches keine Ausgabensteigerung vorsieht, im wesentlichen gemäß dem Vorschlag der Kommission. Eine der wenigen Änderungen sieht vor, daß 100 Mill ECU für Projektstudien zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen, insbesondere nach Osteuropa, zur Verfügung gestellt werden.

**13.-14. Dezember:** Die Regierungschefs der EU-Staaten einigen sich in Dublin auf den Inhalt des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“. Danach dürfen die Mitgliedstaaten auch in der dritten Studie der Wirtschafts- und Währungsunion kein höheres Budgetdefizit ausweisen als  $3\%$  des BIP, außer in Fällen eines schweren wirtschaftlichen Rückschlags. Um die Budgetentwicklung der Mitgliedstaaten überwachen zu können, sind diese verpflichtet, der Kommission in Brüssel zweimal jährlich über die Budgetlage zu berichten. Besteht die Gefahr, daß das Defizit  $3\%$  des BIP überschreitet, wird der Ministerrat dem betreffenden Land Maßnahmen zur Budgetsanierung empfehlen.

Wenn das Budgetdefizit eines Staates  $3\%$  des BIP übersteigt, wird gegen ihn ein Sanktionsverfahren eingeleitet. Er muß das Defizit innerhalb von 10 Monaten verringern; gelingt dies nicht, so muß er je nach Höhe der Überschreitung  $0,2\%$  bis  $0,5\%$  (Obergrenze) seines BIP bei der EU hinterlegen. Wenn das Defizit auch innerhalb von 2 Jahren nicht eingedämmt werden kann, verfällt das Geld zugunsten des EU-Budgets

Schrumpft das BIP des betreffenden Landes um  $0,75\%$  bis  $2,0\%$ , so entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit über die Sanktion. Bei einem Rückgang des BIP um mehr als  $2\%$  tritt keine Sanktion in Kraft

## ÖSTERREICH

*Die Wirtschafts- und Sozialpartner ringen um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitregulierungen. Angesichts der schwachen Konjunktur bleibt die Lohnpolitik in der Herbstlohnrunde zurückhaltend.*

**8. Oktober:** Bundeskanzler Vranitzky begibt sich in Begleitung von Wirtschaftsvertretern zu einem Besuch nach Peking

**13. Oktober:** Anlässlich der Wahl zum EU-Parlament entfallen auf die SPÖ  $29,5\%$  der gültigen Stimmen (um  $8,6$  Prozentpunkte weniger als in der Nationalratswahl 1995) und  $6$  Mandate, auf die ÖVP  $29,7\%$  ( $+1,4$  Prozentpunkte) und  $7$  Mandate, auf die Freiheitlichen

28,2% (+6,3 Prozentpunkte) und 6 Mandate, auf die Grünen 6,7% (+1,9 Prozentpunkte) und 1 Mandat sowie auf das Liberale Forum 3,5% (-2,0 Prozentpunkte) und 1 Mandat.

Im Rahmen der Wiener Gemeinderatswahl entfallen auf die SPÖ 39,1% (-8,8 Prozentpunkte) und 42 Mandate, auf die FPÖ 28,0% (+5,5 Prozentpunkte) und 30 Mandate, auf die ÖVP 15,3% (-2,8 Prozentpunkte) und 15 Mandate, auf die Grünen 8,0% (-1,0 Prozentpunkte) und 7 Mandate sowie auf das Liberale Forum, das erstmals zur Wahl antritt, 8,0% und 6 Mandate

**15. Oktober:** Wirtschaftsminister Farnleitner reorganisiert die Austrian Business Agency (ABA). Ihr Budget wird von 30 Mill. S auf 106 Mill. S 1997 erhöht. Für die Suche nach Investoren wird eine Kooperationsvereinbarung mit den Außenhandelsvertretungen der Wirtschaftskammer Österreich geschlossen; auch die Strukturen der Österreich Werbung und der diplomatischen Vertretungen sollen genutzt werden. Daher werden die beiden ABA-Außenstellen in New York und Tokio geschlossen. Der Aufsichtsrat wird aufgelöst und durch einen Beirat ersetzt. Die Werbung soll künftig auch kleine und mittlere Unternehmen mit hochentwickelter Technik ansprechen.

Wissenschaftsminister Scholten initiiert ein neues Programm zur Forschungsförderung in Betrieben. Danach wird die Entwicklung innovativer Produkte mit besonders günstigen ERP-Kreditfinanziert. Ab Juli 1997 wird der Fonds zu diesem Zweck seine Industriemittel aufstocken. Solche Kredite bleiben 5 Jahre tilgungsfrei; die Verzinsung liegt bei 3,5%

**23. Oktober:** Das Arbeitsmarktservice stellt das Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose wegen Erfolglosigkeit ein. Seit März 1996 wurden in diesem Rahmen lediglich 464 Arbeitslose vermittelt. Das Programm sah einen Zuschuß von 20% des Bruttolohnes für jeden eingestellten Langzeitarbeitslosen vor.

**24. Oktober:** Familienminister Bartenstein erklärt, daß entgegen den Beschlüssen im „Sparpaket“ ab 1. Jänner 1997 doch eine Geburtenbeihilfe, allerdings in stark reduzierter Höhe von 2 000 S, ausbezahlt werde.

**30. Oktober:** Die Gewerkschaft der Privatangestellten einigt sich mit den Arbeitgebern auf ein neues Gehaltsschema: Die Einkommen der jüngeren Arbeitskräfte werden angehoben, nach einer Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren erfolgen jedoch keine Biennialsteigerungen mehr. Das neue Gehaltsschema tritt mit 1. Mai 1997 in Kraft.

**16. November:** Nach langwierigen Verhandlungen schließen die Gewerkschaft der Privatangestellten und die Arbeitgeber für die rund 270 000 Handelsangestellten einen neuen Kollektivvertrag ab. Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter werden mit 1. Jänner 1997 im Durchschnitt um 1,95% erhöht, wobei die Anfangsbezüge etwas stärker angehoben werden. Bestehende Überzahlungen bleiben aufrecht.

**22. November:** Nach Abbruch der Verhandlungen und einer Demonstration von 6 000 Metallarbeitern vor der Wirtschaftskammer einigen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf einen neuen Kollektivvertrag für die rund 100 000 Beschäftigten des Metallgewerbes. Der Ist-Lohn wird um 1,8% (um 0,2 Prozentpunkte schwächer als in der Industrie), der kollektivvertragliche Mindestlohn um 2,6% angehoben. Überdies wird der Rahmen für die Arbeitszeitflexibilisierung festgelegt.

**1. Dezember:** Die österreichischen Geschäftsbanken und Sparkassen senken in diesen Tagen die Zinsen für längerfristig gebundene Spareinlagen um  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt.

**11. Dezember:** Der Nationalrat beschließt die Senkung der Straßenbenützungsabgabe für ausländische Lkw und gleichzeitig die Anhebung der Kraftfahrzeugsteuer für inländische Lkw.

**12. Dezember:** Der Nationalrat beschließt neue Öffnungszeiten für den Einzelhandel. Demnach dürfen Geschäfte statt bisher 60 nunmehr 66 Stunden pro Woche offen halten. In Ortskernen kann der Landeshauptmann einen Rahmen von 72 Stunden festlegen, in Pendlergemeinden eine Öffnungszeit von 5 bis 20 Uhr. Der „lange Einkaufsabend“ wird abgeschafft, doch darf jeden Samstag von 6 bis 17 Uhr offen gehalten werden. Familienbetrieben kann eine Rahmenöffnungszeit von 80 Stunden zuerkannt werden.